

Pflege

Pressestelle
In den Ministergärten 4
10117 Berlin
Telefon 0 30/7 26 29-04 00
Telefax 0 30/7 26 29-04 99

presse@vdk.de · www.vdk.de

Berlin, 14. Februar 2011

Pflege denselben Stellenwert einräumen wie Kindererziehung

VdK fordert mehr finanzielle Hilfen und mehr Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige

„Pflegende Angehörige müssen entlastet, besser unterstützt und beraten werden“. Das fordert die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, anlässlich des heutigen Pflegedialogs zwischen Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler und Sozial-, Patienten- und Pflegeverbänden, darunter der Sozialverband VdK.

„Pflege ist ohne pflegende Angehörige in Deutschland nicht denkbar. Pflegenden leisten über Jahre hinweg physische und psychische Schwerstarbeit – bei der Pflege der Eltern, des Ehepartners oder des behinderten Kindes. Sie bekommen immer noch zu wenig – auch finanzielle – Anerkennung und Wertschätzung für ihr Engagement. Immerhin entlasten pflegende Angehörige die Beitrags- und Steuerzahler um Milliardenbeträge und werden trotzdem mit geringen Rentenbeiträgen abgespeist“, sagte Mascher.

Der Sozialverband VdK fordert deshalb unter anderem eine **Anpassung des Pflegegelds**. „Der eklatante Wertverfall des Pflegegeldes seit 1996 signalisiert, dass der Gesellschaft die Arbeit pflegender Angehöriger immer weniger wert ist. Wir brauchen daher eine Anhebung und sofortige Dynamisierung des Pflegegelds mindestens in Höhe der Inflationsrate. Ohne diese Anpassung werden immer mehr Menschen in einen pflegebedingten Sozialhilfebezug abrutschen“, sagte Mascher.

Der Sozialverband VdK fordert auch, dass pflegende Angehörige **Pflege und Beruf besser vereinbaren** können und dass **Angehörigenpflege in der Gesellschaft den gleichen Stellenwert bekommt wie Kindererziehung**. „Alle Arbeitnehmer müssen Anspruch auf Pflegezeit von mindestens zwei Jahren bekommen. Langfristig führt kein Weg daran vorbei, pflegenden Angehörigen eine finanzielle Leistung vergleichbar dem Elterngeld zukommen zu lassen. Nur so werden sich mehr Menschen zur Angehörigenpflege entschließen können. Außerdem muss mit der Pflegezeit ein Rückkehrrecht in die Vollzeittätigkeit verbunden sein“, forderte Mascher. Um vor allem Frauen vor der Altersarmut zu bewahren, müssten zudem die **Rentenbeiträge für pflegende Angehörige angehoben** werden. Der VdK fordert zudem einen **flächendeckenden Ausbau der Pflegestützpunkte**, von denen sich pflegende Angehörige Rat und Unterstützung holen können und **kostenlose Entlastungsangebote** für die Betroffenen, etwa in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege. Außerdem müsse der bereits seit Anfang 2009 vorliegende, **überarbeitete Pflegebedürftigkeitsbegriff rasch umgesetzt werden**. Dieser wird den Bedürfnissen von Demenzkranken, die häufig zu Hause gepflegt werden, besser gerecht.

Mit seiner Kampagne „Pflege geht jeden an“, die am 9. Februar gestartet ist, appelliert der Sozialverband VdK an die Bundesregierung, pflegende Angehörige bei der Reform der Pflegeversicherung angemessen zu berücksichtigen. Mehr Informationen unter www.pflege-geht-jeden-an.de